

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

16.2.1931 (No. 39)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Spezialteil:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Hauptredaktion
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 9515

Seitenschrift
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,30 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Elementarzeichen. Briefe und Gelder frei. Bei Abrechnung tarifierter Rubrik, der als Rubrikzahl gilt und bewegt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweltlicher Beitreibung und Kontostandverfahren fällt der Fall die Geltung verlohnt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung der Türkei

Der türkische Wahl-Konsul in Stuttgart, Franz Arnold, ist von seinem Amt zurückgetreten. Die Geschäfte des Konsulats werden vorläufig von dem türkischen Wahl-Konsul Albert Reising in Würzburg, Domstraße Nr. 70, wahrgenommen.

Rücktritt der spanischen Regierung Die Wahlen abgesetzt

Das spanische Kabinett Berenguer ist am Samstag zurückgetreten. König Alfonso beauftragte die Regierung mit der Weiterführung der laufenden Angelegenheiten und hat außerdem ein Dekret unterzeichnet, durch das die Ausschreibung der Cortes-Wahlen, die bekanntlich auf den 1. März anberaumt waren, rückgängig gemacht wird. Das neue Kabinett wird voraussichtlich aus gemäßigten Konservativen und gemäßigten Liberalen zusammengesetzt werden.

Die Lage in Spanien wird in der Pariser Presse außerordentlich ernst beurteilt. Die Linkspresse rechnet schon mit dem nahen Sturz der Monarchie. Der Liberalismus — schreibt die „Republique“ — kann gegenwärtig nur gegen den König regieren. Das ganze Land verlange die öffentlichen Freiheiten und wisse, daß es sie nur dann erhalten könne, wenn der König verschwinde. Der „Quotidien“ meint: „Dies ist jetzt mehr als eine Krise, das ist vielleicht die Revolution.“

Eine Erklärung Santiago Albas

Madrid, 16. Febr. (Tel.) Der in Paris anässige spanische Politiker Santiago Alba, der aufgefordert worden ist, nach Madrid zurückzukehren, um die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat gestern abend einem Vertreter von „Cada“ mitgeteilt, er werde heute, Montag, vormittag eine Unterredung mit dem spanischen Botschafter in Paris haben und dann der Presse Erklärungen übermitteln. In Beantwortung einer Frage betonte Alba, es sei dringend notwendig, den König auf die Änderungen aufmerksam zu machen, die in der traditionellen Politik der spanischen Monarchie vorgenommen werden müßten.

Madrid, 16. Febr. (Tel.) Santiago Alba teilt mit, daß er das Angebot des Königs von Spanien, ein neues Kabinett zu bilden, abgelehnt habe. Er habe dem König gegenüber nochmals Bezug auf seine Erklärung genommen, in der er für die Bildung der neuen Regierung die Parteien von Sanchez Guerra und Melquiades Alvarez vorgeschlagen habe. Er, Alba, wünsche sich außerhalb der jetzigen Krise zu halten.

Rundgebungen in Madrid

Madrid, 16. Febr. (Tel.) über die gestrigen, bereits kurz gemeldeten Zwischenfälle in Madrid, berichtet „Journal“, daß es zu einer lebhaften Rundgebung linksgerichteter Elemente gekommen sei, als ein Auto durch die Straßen fuhr, in dem die Witwe des wegen Teilnahme an dem Aufstandsversuch in Jaca erschossenen Hauptmanns Garcia Fernandez saß. Bei dieser Gelegenheit habe die Menge gerufen: „Nieder mit der Monarchie, Tod dem König!“ Es lebe die Republik! Ein mit Polizei besetzter Autobus wurde von der Menge mit Steinen beworfen. Bei dem dann folgenden Zusammenstoß wurden 8 Personen verletzt.

Bedenken gegen den Schenkervertrag

Reichsverkehrsministerium und Reichsbahnverwaltung Der Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahnverwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß nach seiner Auffassung der zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Expeditionsfirma Schenker & Co. G. m. b. H. abgeschlossene Vertrag der Genehmigung der Reichsregierung bedürfe. Der Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahn deshalb ersucht, von der Durchführung des Vertrages bis auf weiteres Abstand zu nehmen. Die Reichsbahn hat dem Reichsverkehrsminister den Vertrag lediglich im Wortlaut vorgelegt, im übrigen aber ihm gegenüber bisher keine Stellung eingenommen.

Der Reichsverkehrsminister ist der Überzeugung, daß die Frage, ob die Genehmigung der Reichsregierung erteilt werden könne, der genauesten Prüfung durch die Reichsregierung bedürfe, da der Vertrag eine Reihe von Bestimmungen enthalte, die zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben müßten. Die Reichsbahnverwaltung vertritt den Standpunkt, daß der von ihr abgeschlossene Vertrag nach dem Reichsbahngesetz nicht der Genehmigung des Reichsverkehrsministeriums bedürfe. Die Reichsbahn ist außerdem der Ansicht, daß der Vertrag sich in einer außerordentlich starken Senkung der Frachtkosten auswirken wird, die sich für Güter teilweise bis zu 40 Prozent berechnen lasse. Auch habe die Reichsbahn über den mit Schenker abgeschlossenen Vertrag hinaus Sicherungen zugunsten der freien Expeditionsfirma vereinbart.

Fünfstagewoche in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 16. Febr. (Tel.) Wie die „B. Z. a. M.“ mitteilt, ist heute das Abkommen in Kraft getreten, das zwischen den Gewerkschaften und dem Verband Berliner Metallindustrieller abgeschlossen wurde, zu dem Zweck, einen weiteren Abbau von Angestellten und Arbeitern zu verhindern. Die Durchführung des Abkommens bedeutet für die Arbeiter die Einführung der Fünfstagewoche, für die Angestellten späteren Arbeitsbeginn und früheren Arbeitsluß.

Letzte Nachrichten

Schwierige Verhandlungen über den Reichstwehretat

Die Sozialdemokratie zu den kommunistischen Agitationsanträgen

M. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen sieht man der bevorstehenden Beratung des Reichstwehretats mit einiger Besorgnis entgegen. Man befürchtet vor allem Zugeständnisse an die Sozialdemokratie, die in eine unangenehme Lage kommen kann, weil sie jetzt mit den Kommunisten gemeinsam die Mehrheit hat und sehr schlecht durch die Meldungen über gemeinsame Beziehungen zwischen der Nationalsozialistischen Partei und einzelnen Offizieren oder Beamten der Reichswehr stark erregt worden ist. Überwiegend wird das auch durch den Entschluß des Reichstags von Hammerstein bestätigt.

Dagegen scheint es, als ob in den Dörfelkreisen die bisherigen Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen sind. Wie aus politischen Kreisen gesagt wird, ist das auf den Einfluß des preussischen Ministerpräsidenten zurückzuführen.

Die englische Regierung über die Herabsetzung der Zölle Eine Anfrage an Deutschland

M. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Die englische Regierung hat, wie berichtet, an verschiedene Mächte, darunter auch an Deutschland, die Mitteilung gelangen lassen, in denen sie eine Reihe von Wünschen nach Herabsetzung der Zölle geäußert hat. In erster Linie gilt dies für Textil-, Metall- u. Steingutwaren usw. Wie wir hier erfahren, sieht sich die englische Regierung dabei auf Verhandlungen der Zollfriedenskonferenz vom Jahre 1929, in der gebeten wurde, daß man den Ländern mit Freihandel, das sind in erster Linie England und Holland, möglichst weitgehend entgegenkommen solle.

Wie wir erfahren, hat übrigens auch die niederländische Regierung vor etwa 8 bis 10 Tagen in der gleichen Richtung bei der deutschen Gesandtschaft im Haag vorgeschrieben. Die britische Regierung bietet als Gegenleistung die Änderung ihres jetzigen Handelssystems, außer den Einzelkonzessionen. In Berlin betrachtet man die Frage als außerordentlich wichtig, angesichts der engen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien.

Der deutsche Außenhandel im Januar

Ausfuhrüberschuß von 150 Millionen Berlin, 16. Febr. (Tel.) Die Handelsbilanz im Januar ergibt bei einer tatsächlichen Einfuhr von rund 625 Millionen Reichsmark einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 100 Millionen Reichsmark. Einschließlich der Reparationszahlungen übersteigt im Januar der Wert der ins Ausland abgeführten Waren die Einfuhr um 150 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr um 82 Millionen Reichsmark gesunken. An der tatsächlichen Einfuhrnahme sind zu 46 Prozent Rohstoffe und halbfertige Waren, zu 34 Prozent Lebensmittel und Getränke und zu 20 Prozent Fertigwaren beteiligt. Die Ausfuhr, einschließlich der Reparationszahlungen ist gegen Dezember um 128 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Der Rückgang beruht fast ausschließlich auf dem um 122 Millionen Reichsmark verminderten Absatz von Fertigwaren, der bei fast allen Industrieerzeugnissen zu beobachten ist.

Beginn des Leipziger Waffendiebstahlprozesses

Leipzig, 16. Febr. (Tel.) Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute der Prozeß wegen des Leipziger Waffendiebstahls. Die Angeklagten begründeten ihre Bestimmungsgenossen beim Betreten des Gerichtssaales zum Teil mit lauten Protestrufen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenthal erklärte, den Vorstehenden, Reichsgerichtsrat Schmitz, wegen Befangenheit ablehnen zu müssen, da dieser angeblich mit der R.S.D.A.P. sympathisiere. Der Senat zog sich zur Beratung über den Ablehnungsantrag zurück.

Reichsgerichtsrat Dr. Coenders gab bekannt, daß sich Reichsgerichtsrat Schmitz zu dem Ablehnungsantrag im wesentlichen wie folgt geäußert habe: „Ich halte mich nicht für befangen. Die tatsächlichen Behauptungen, auf die sich das mich betreffende Ablehnungsgesuch stützt, sind falsch. Jene, welche Sympathien für die R.S.D.A.P. habe ich niemals gehabt und stehe ich innerlich wie äußerlich vollkommen fern.“ Nachdem der Vorsitzende ferner darauf hingewiesen hatte, daß auch die Reichsregierung zu den Mitteilungen über Reichsgerichtsrat Schmitz Stellung genommen und sie als falsch bezeichnet habe, zog Rechtsanwalt Dr. Löwenthal den Ablehnungsantrag zurück.

Im Lohnstreit des deutschen Buchdruckgewerbes hat das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch vom 2. Februar, durch den der Spitzenlohn von 58,50 auf 56 Reichsmark wöchentlich herabgesetzt worden ist, für verbindlich erklärt.

Baden und die Reichsaufträge

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, die sich mit der Lage der Reichsaufträge an die deutschen Länder befaßt hat, ist bekanntlich erst nach langem Drängen auf Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ausgegeben worden. Leider konnte aus ihr ein klares Bild über die Vergebungspraxis der Reichsbehörden nicht gewonnen werden, was in der Öffentlichkeit lebhaft kritisiert wurde. Es ist das Verdienst des Reichstagsabgeordneten Raach von der Bayerischen Volkspartei, in einer umfangreichen Darstellung, die jetzt in der Wirtschaftszeitschrift „Der deutsche Süden“ erschienen ist (Nr. 1, Januar 1931), in das Dunkel der Darstellung des Reichswirtschaftsministeriums hineingeleuchtet zu haben. Aus seinen Ausführungen geht klar hervor, daß die süddeutschen Länder bei der Vergebung der Reichsaufträge systematisch benachteiligt worden sind, während Preußen von den Reichsbehörden mehr als das Doppelte dessen an Aufträgen erhielt, was es an eigenen Landesaufträgen zu vergeben hat. Von insgesamt 786 Millionen erfaßten Reichsaufträgen über 20 000 RM Einzelwert, die in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis zum 31. März 1930 vergeben wurden, sind nicht weniger als 600,6 Millionen oder 76,5 v. H. im Bereich der Provinz Brandenburg, d. h. in Berlin, vergeben worden.

Für unser Land Baden betrug die Summe der empfangenen Reichsaufträge 21 126 000 RM oder 2,7 v. H. der Gesamtvergebung. Nach der Zahl der in der Industrie und im Handwerk beschäftigten beträgt der schlüßelmäßige Sollanteil 3,7 v. H., d. h. 29 066 000 RM. Baden hat demnach um 7 940 000 RM weniger an Reichsaufträgen erhalten, als ihm nach dem schlüßelmäßigen Sollanteil zukommt.

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich in seiner Denkschrift vor allem auf die Standortstheorie berufen. Raach weist in seinen Ausführungen nach, daß diese Theorie nicht haltbar ist. Auf verschiedenen Wirtschaftszweigen, wie z. B. in der Papier- und Karosserienindustrie, der Textilindustrie, der Stark- und Schwachstromindustrie usw., die auch in Süddeutschland hervorragende Standorte besitzen, hat Preußen um ein Vielfaches mehr an Reichsaufträgen erhalten, als nach der Standortstheorie berechtigt war. Auf dem Gebiet der Holzindustrie, wo der Anteil Badens am deutschen Gesamtumsatz 5,2 v. H. beträgt, hat dieses nur 3,1 v. H. an Reichsaufträgen erhalten, während Preußen mehr als 80 v. H. erhielt.

Wendet man die für die großen Aufträge aus den Angaben der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums ermittelten Verteilungsprozente auf die Gesamtvergebung des Reiches an, so bleibt man dabei, was den übertragenden Anteil Preußens angeht, hinter der Wirklichkeit noch erheblich zurück. Danach hat Preußen im Etatsjahr 1929/30 um nicht weniger als 496 Millionen Reichsmark an Reichsaufträgen zuviel erhalten. Für Baden betrug der schlüßelmäßige Anteil nach der Zahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen 3,7 v. H. oder 93 Millionen Reichsmark. In Wirklichkeit erhielt Baden aber nur 2,7 v. H. oder 65 Millionen Reichsmark an Reichsaufträgen, mithin um 28 Millionen zu wenig. Dabei ist zu bedenken, daß es sich hier nur um Reichsaufträge von über 20 000 bzw. 50 000 RM (von der Reichsbahn) handelt. Man kann sich leicht denken, daß die unter diesen Ziffern gelegenen Aufträge hauptsächlich in Preußen, bzw. in Berlin hängen geblieben sind.

Besonders bemerkenswert ist der Hinweis Raachs, daß die Reichsaufträge für das damit versorgte Wirtschaftsgebiet fast hundertprozentig eine steuerliche Entlastung darstellen, die das Bild einer gleichmäßigen Lastenverteilung über das Reich hinweg in geradezu grotesker Weise verändert zugunsten Preußens, das bis auf einen Rest von 207 Millionen Reichsmark seine gesamten direkten Reichsteuern durch Reichsaufträge in seine Wirtschaft zurücküberführt erhält. Die Nettobelastung aus direkten Reichsteuern nach Abzug von 90 v. H. der Reichsaufträge beträgt auf den Kopf der Bevölkerung für Preußen 10,6 RM, für die übrigen deutschen Länder 37,8 RM, also fast das Vierfache. Die Rheinprovinz erhält an Reichsaufträgen so viel überwiesen, daß dadurch an direkten Reichsteuern nicht nur alles gedeckt wird, sondern noch ein Überschuß bleibt, der auf den Kopf der Bevölkerung 34,50 RM beträgt.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 16. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Für Baden ergibt die Statistik über die Verteilung der Reichsaufträge 1929/30 von 2500 Millionen und der direkten Reichsteuern folgendes Bild:

Beteiligung an der Gesamtzahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen: 3,7 v. H.
Beteiligung am Umsatzsteuerpflichtigen Umsatz der Industrie: 3,8 v. H.

Leistung an direkten Reichsteuern (Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer): 3,4 v. H. oder 123 Millionen Reichsmark, auf den Kopf der Bevölkerung 53,2 Reichsmark.

Demgegenüber beträgt für Baden:
Der Anteil an der Gesamtsumme von Reichsaufträgen: 2,7 v. H. oder 65 Millionen Reichsmark.

Verhältnis der empfangenen Reichsaufträge zu den bezahlten direkten Reichsteuern: 52,8 v. H.

Überschuß der bezahlten Reichsteuern über die empfangenen Reichsaufträge: 58 Millionen Reichsmark.

Nettobelastung aus den direkten Reichsteuern, nach Abzug von 90 v. H. der empfangenen Reichsaufträge 64 Millionen Reichsmark, auf den Kopf der Bevölkerung 27,7 RM.

Deutlicher kann die Wirkung des einseitigen Zurücknehmens der vom ganzen Reich ausgehenden Steuermittel in Form einseitiger Vergabe der Reichsaufträge nicht illustriert werden. Die Darstellungen Rauchs, wonach Preußen seit dem Kriege, von den 700 Ruhrmillionen ganz abgesehen, über seinen schließlichen Anteil hinaus ein Mehr von rund 5 Milliarden an Reichsaufträgen aus allgemeinen Steuermitteln erhalten hat, die übrigen Länder aber um 5 Milliarden zu wenig, darunter Baden 300 Millionen zu wenig, bedeuten eine vernichtende Kritik des bisher geübten Verteilungssystems. Die Bemerkung ist vollberechtigt, daß man sich angesichts dieser Zahlen über die zunehmende Verarmung der Randstaaten nicht zu wundern braucht.

Die Verteilung der Reichsaufträge hat aber auch ihre politische Seite. Sie gibt einen Vorgeschmack von dem, was die Länder zu erwarten haben, wenn sie einmal in dem vielgepriesenen „Einheitsstaat“ zu „Provinzen“ geworden sind. Sie werden zugunsten der Zentrale und des Hegemonialstaates Preußen wirtschaftlich veröden. Die Länderregierungen haben daher allen Anlaß, zusammen mit den Wirtschaftskreisen auf eine gerechtere Verteilung der Reichsaufträge mit allem Nachdruck hinzuwirken. Das gilt vor allem für Baden, dessen Grenzlandcharakter mit allen seinen wirtschaftlichen und finanziellen Nachteilen immer mehr in die Erscheinung tritt. Je mehr in den Ländern die Wirtschaft geschwächt wird, desto geringer wird ihre Finanzkraft und desto leichter werden Auffaugungsprozesse und Verlust der staatlichen Selbständigkeit vor sich gehen.

Lockerung der Diktatur in Portugal?

W.B. Paris, 16. Febr. (Tel.) Wie Savas aus Lissabon meldet, soll in der ersten Märzhälfte dort eine große Versammlung von Vertretern der von der jetzigen Regierung geschaffenen Nationalpartei abgehalten werden, in der ein Meinungsaustrausch über die politische Haltung der Regierung vorgenommen und von dem neuen Verfassungsgesetz Kenntnis genommen werden soll. Nach dem Verfassungsgesetz werde die Regierung ein Wahlgesetz ausarbeiten, damit in diesem Jahre die Wahlen der Verwaltungskörperschaften vorgenommen und damit die Rückkehr zu normalen verfassungsmäßigen Zuständen eingeleitet werden könne.

Verbot der Einfuhr russischen Holzes nach Amerika. Das Schatzamt in Washington hat die Einfuhr von Holz russischen Ursprungs aus vier bestimmten Bezirken (darunter die Halbinsel Kola und die murmanische Küste) verboten, es sei denn, daß die Abfender beweisen können, die Ware sei nicht durch Sträfungsarbeit hergestellt worden. — Canada will zusammen mit Amerika handeln und die Einfuhr russischer Kohle verbieten.

Safiring im Bad. Landestheater

Seit einigen Jahren verwandelt sich zur Karnevalszeit der Lustspieltempel am Schloßplatz in ein richtiges Karnevalsstadion, um seinen Besuchern, die nach so manch ernstem Kunstgenuss schließlich auch einmal von Herzen amüsiert sein wollen, prächtende Stunden heiterster Unterhaltung zu bieten. Es ist zweifellos ein besonderes Verdienst, ja geradezu eine Spezialität des Intendanten Dr. Hans Waag, bei den übermühten Ereignissen, die da sich in rasendem Tempo folgen, stets für neue Variationen zu sorgen. Auch heuer genügt eigentlich schon die Lektüre der programmatischen Inhaltsangabe, damit niemand den vielen, fast viel zu vielen versprochenen Dingen mit Sorge entgegenzusehen braucht; es wird unter all diesen glühenden Unmöglichkeiten, in dem farbigen Wulst voll lustigen Unsinns bestimmt wieder etwas sein, das ausgerechnet für ihn gemüht und zu seinem Privatvergnügen arrangiert scheint. Nach dem turbulenten Auftakt am Freitagabend darf man sogar in schönster Übereinstimmung mit dem offiziellen Ansager — Felix Waumbach ist für solch ein Ehrenamt nicht erst frisch patentiert, sondern seit langem bewährt — erwarten, daß so ziemlich jede Nummer dieser „Bunten Bühne“ stark vitaminhaltig (an Lachgas) ist, und einen dementsprechend heiteren Niederschlag findet.

Natürlich kann man all die erprobten Mittel feinerer Kabarettistik, die da aus Parodie, aus Gesang und Tanz, aber auch nach Kostümierung und Farbenwirkung die mannigfaltigsten Eindrücke ergeben, nicht einzeln zerlegen, sondern hier nur die schmackhaftesten Lederbissen aufzählen. Da bringt gleich nach der Overtüre, die übrigens beweist, daß außer unserem Generalmusikdirektor auch dessen jüngster Bruder Heinrich „Krips“ hat, ein geistreich-erfinderischer Dialog zwischen der Wirtin „Pauline“ und dem Logenschlichter „Dago“ eine erste Gelegenheit für bereitwillige Lacher, und nach dem hübschen Duett „Im Flugzeug“ ist dem von G. vorüberprudelnden Stetich „Die Erbschaft“ ebenfalls ein Dankenerfolg sicher. Weiter bergauf auf der Stimmungsfahrt erden Vetter geht dann beim lustigen Tanz „Midi Maus“, der besten Leistung unserer Balletttruppe, die im Verlauf des Abends mindestens zehnmal ihre feinen Kostüme (Fabrikat: Marg. Schellenberg) wechseln müssen, aber auch, wenn sie später im optischen „Farbentanz“

Aus dem Reichstag

Etat des Reichsjustizministeriums

Die Abwesenheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten von den Reichstagsverhandlungen scheint doch zu einer wesentlichen Beschleunigung der Beratung beizutragen. Wenigstens war das am Samstag festzustellen, wo die zweite Beratung des Justizetats in Verbindung mit der dritten Beratung der Novelle zum Preßgesetz in kaum drei Stunden erledigt werden konnte.

Es sprachen nur der christlichsoziale Strafvollzugsfachmann Runtan, die beiden Sozialdemokraten Dr. Marum und Landsberg und die Kommunisten Löwenthal und Giesche. Auf die sozialdemokratische und die kommunistische Kritik am Reichsgericht erwiderte Staatssekretär Joel, der seit der Amtsniederlegung des letzten Justizministers Vredt der Leiter des Reichsjustizministeriums ist. Er wies den Vorwurf zurück, daß in Hochverratsfällen die politisch rechts eingestellten Angeklagten gegenüber denen von links begünstigt würden. Staatssekretär Joel sprach sich auch gegen die schiedsrichterliche Tätigkeit von Reichsgerichtsräten aus, meinte aber, dagegen könne erst bei einer Neuordnung des Beamtenrechtes vorgegangen werden.

Nebenher ging ein heftiger Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Amnestiefrage. Es ging dabei zeitweise so lebhaft zu, daß die kommunistischen Abgeordneten Sedert und Bohnenstengel aus dem Saale gewiesen werden mußten.

Zur dritten Beratung der gleichzeitig mit der Geschäftsordnungsveränderung eingebrachten Novelle zum Preßgesetz nahm überhaupt niemand das Wort. Mit dieser Novelle soll der Zustand beseitigt werden, daß durch ihre Immunität geschützte Abgeordnete als verantwortliche Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften zeichnen. Die Schlusabstimmung über diese Novelle wurde zurückgestellt, weil das Haus die am Samstag übliche schwache Besetzung zeigte.

Ohne Aussprache wurde der deutschamerikanische Auslieferungsvertrag durch Kenntnisnahme genehmigt.

Die nächste Sitzung soll erst am nächsten Donnerstag um 3 Uhr stattfinden. Auf ihrer Tagesordnung steht die zweite Beratung des Verkehrsetats.

Die Städte zur Arbeitslosenhilfe

Für Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Wohlfahrtsverbänden

Der Deutsche Städtetag veranstaltete dieser Tage in Berlin eine Pressebesprechung, in der Präsident Dr. Mulert über die Vorschläge des Städtetages zur Reform der Arbeitslosenfürsorge sprach. Die Finanzlage der Gemeinden, so führte er aus, habe sich katastrophal verschlechtert. Die Zahl der Wohlfahrtsverbände in den deutschen Gemeinden sei von 320 000 Anfang 1930 auf 800 000 gestiegen und werde im Laufe des Jahres auf 900 000 ansteigen.

Das jetzige Nebeneinanderarbeiten von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt sei eine sehr ungewinnliche Verwaltungsorganisation. Der Deutsche Städtetag habe daher einen formalisierten Gesetzentwurf für Vereinigung ausgearbeitet. Die Kosten der Reichsarbeitslosenfürsorge müßten Reich, Länder und Gemeinden gemeinsam tragen. Man nimmt an, daß 1931 durchschnittlich 1,25 Millionen Wohlfahrtsverbände und 750 000 Arbeitslosenämter, d. h. also zusammen rund 2 Millionen Empfänger der Reichsarbeitslosenfürsorge, vorhanden sein werden. Wenn man davon ausgeht, daß die einzelne Familie durchschnittlich jährlich 700 Reichsmark Unterstützung erhält, so werden für das ganze Jahr 1,4 Milliarden Reichsmark benötigt, wovon nach dem Vorschlag des Staatsrats 50 Proz. das Reich und die Länder und Gemeinden je 25 Proz. tragen.

Feierliche Inthronisation des Bischofs Dr. Gröber. In Bautzen (Sachsen) erfolgte am Sonntag die feierliche Inthronisation des neuen Bischofs von Meißen, Dr. Conrad Gröber, in der Kathedrale St. Petri. In feierlichem Zuge wurde Bischof Gröber, der 43. Bischof des Bistums Meißen, von Abordnungen der katholischen Organisationen und der Studentenverbindungen und von den Geistlichen zur Kirche und dort zum Altar und zu seinem Thron geleitet. Da Bischof Dr. Gröber von seiner Erkrankung noch nicht völlig wiederhergestellt ist, wurde am Sonntag von Empfangen abgesehen.

Noch über 21 000 preussische Junglehrer ohne Beschäftigung. Der preussische Kultusminister hat dem Landtag eine Übersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber nach dem Stande vom 15. November 1930 überreicht. Danach sind noch 21 527 stellenlose Bewerber vorhanden, von denen vorläufig beschäftigt sind 13 623, so daß völlig ohne Beschäftigung im Schuldienst 7904 Junglehrer sind.

fast gar nichts mehr anhaben, nicht minder anziehend wirken. Wir registrieren fernerhin: „Sex Appeal“ mit Ulvi Jaak als ausgelassener Coupletensängerin, die schnell auf offener Bühne improvisierte Verwandlungsgroteske über das Volkslied „Steh ich in finst'rer Winternacht“, wobei der schwarze Baß Viktor Prusdas wirklich ins Schwarze trifft, sodann die famose Solofugene „Wimbelbühne“ von Hermann Brand, der freilich mit seinem zweiten Beitrag „Die Rettung“ doch weit Urtomischeres bietet, und — last not least — Kelly Rademacher, weil sie das originale Stückchen „Mein Konfilm“ mit so ausgezeichneter durchdrachten Keinen Zügen ausstattet und einfach unwiderstehlich ist.

Diese Auslese des Besten mag genügen, um kurz über die bunte Vielfaltigkeit insgesamt zu informieren, die diesmal ihre theatralische Belebungsgröße erfährt. Es ist ein so ungeheurer Apparat aufgebaut, daß man wahrlich auch mit etwas weniger schon vollauf zufrieden wäre, und wer wirklich den oder jenen Namen eines Prominenten doch noch bemerkt, dem sei gesagt, daß sie alle, alle Stars aus Oper und Schauspiel zum guten Ende in „Theater am tausenden Rand“ erscheinen, das im luxuriösen Schlußbild tatsächlich das ganze Personal die Bühne füllt und stürmisch beklatscht wird. Und wenn sie nun so zahlreich versammelt sind, ist es eine um so angereichertere Pflicht, von den an den verschiedensten Angewandten der Veranstaltung Hauptbeteiligten wenigstens noch Torsten Hecht, der mit sehenswerten Dekorationen die einzelnen Bilder drapiert hat, zu nennen, auch Harald Josef Färkenau, der die Länge einstudiert und meist selbst mitmimie, und letzten Endes ist Rudolf Falst nicht ganz zu vergessen, der für rasche Verwandlungsvorgänge und -vorhänge sorgte und mit seiner flüssigen technischen Einrichtung jede langweilige Atempause glücklich und geschickt verhinderte. S. Sch.

Landestagung des Bühnenvolksbundes

Vor einigen Tagen fand in Freiburg die Landestagung des Bühnenvolksbundes, Landesverband Baden-Württemberg-Hohenzollern und des Bezirksverbandes Pfalz statt, die ein genaues Bild über die kulturelle Arbeit des Bühnenvolksbundes in diesen Bezirken ergab. Durch Beschluß des Bundesauschusses des Bühnenvolksbundes ist Württemberg und die Pfalz dem Landesverband Baden-Hohenzollern neu angegliedert

Aus den Ländern

Der bayerische Ministerpräsident zur Lage

Im Rahmen der allgemeinen politischen Aussprache im Bayerischen Landtag hielt am Donnerstag Ministerpräsident Dr. Feld eine Rede, in der er zunächst betonte, daß der Etat 1931 die Lage der ins Gewaltige gestiegenen Finanznot trage, die eine Auswirkung der Wirtschaftskrise und des gesamten politischen Glanzes Deutschlands sei. Der Ministerpräsident, der sich weiter für die Beibehaltung des Ministeriums des Außeren, das nicht nur Existenzberechtigung habe, sondern eine Notwendigkeit sei, einsetzte, erklärte, daß die Lage heute noch viel schlimmer wäre, wenn die Maßnahmen der Reichsregierung nicht getroffen worden wären. Daß Deutschland allein als Schuldnerstaat für die Reparationen aufkommen solle, sei ein unhaltbarer Zustand. Ohne Lösung des Reparationsproblems gebe es keinen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Von einem Panuropa könne solange keine Rede sein, als sich Deutschland in dem Hörigkeitsverhältnis von heute befinde. Die Reichsreform, so führte Dr. Feld weiter aus, sei als Mittel für den Wiederaufbau angegriffen worden. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung durch eine Reichsreform nicht besser und nicht billiger werde, daß aber die Reichsreform auf diese Weise sicherlich nicht gestärkt werde.

Im Landtag von Thüringen wurde am Freitag von allen Parteien einstimmig ein Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, wonach die Regierung beauftragt wird, die Reichsregierung aufzufordern, bei den Kreditanstalten im Sinne einer Senkung der Zinssätze hinzuwirken.

Das Sparprogramm des Deutschen Städtetages

Sparvorschläge für die Aufstellung der städtischen Haushaltpäne hat der Deutsche Städtetag ausgearbeitet und den angeschlossenen Städten zugehen lassen. Das Sparprogramm enthält in der Hauptsache Maßnahmen zur Erzielung von Ersparnissen im Schulwesen und im Wohlfahrtswesen. Es wird im Zusammenhang hiermit mitgeteilt, es sei zu befürchten, daß insbesondere wegen der starken Zunahme der Wohlfahrts-erwerbslosen die Städte Ende März 1931 vor einem ungedeckten Fehlbetrag von etwa 420 Millionen Reichsmark stehen werden.

Um in der Wohlfahrtspflege Ersparnisse zu erzielen, wird dringend geraten, die Fürsorge im allgemeinen und auch die für die Wohlfahrtsverwaltungen möglichst individuell zu gestalten. Nach Möglichkeit sollen die Unterhaltspflichtigen zur Mithilfe stärker in Anspruch genommen werden. Ebenso hofft man, die freie Wohlfahrtspflege, besonders für die Unterbringung Kranker und Gebrechlicher in Anstalten usw., mehr als bisher in Anspruch nehmen zu können. Für die Krankenhäuser hat der Gutachterauschuß für das öffentliche Krankenhauswesen besondere, ins Einzelne gehende Vorschläge für eine wirtschaftliche Krankenhausführung ausgearbeitet, denen sich der Deutsche Städtetag anschließt. Endlich sollen in der Verwaltung der Wohlfahrtspflege durch Zusammenfassung der verschiedenen Ämter wesentliche Ersparnisse erzielt werden können.

Es ist zu berücksichtigen, daß wir in einer Notzeit leben, und daß die Gemeinden daher gezwungen sind, nicht nur in erheblichen oder überflüssigen, sondern auch in wünschenswerten und manchmal sogar in notwendig erscheinenden Dingen zu sparen. Beschneidung auf das Dringlichste ist heute das Gebot der Stunde.

Die Kosten der englischen Arbeitslosenversicherung. Das englische Arbeitsministerium teilt in einer Denkschrift mit, daß die Regierung das Parlament um die Bewilligung von 20 Millionen Pfund Sterling für die Kasse der Arbeitslosenversicherung ersuchen werde. Dadurch erhöht sich der Gesamtbetrag der Arbeitslosenrente auf 90 Millionen Pfund Sterling.

Beendigung des englischen Baumwollkonfliktes. Die in Manchester abgehaltene Konferenz hat die Beendigung der Aussperung in der Textilindustrie von Lancashire beschloffen, so daß 300 000 Weber am Montag die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Wundigungen wurden zurückgenommen und die Verträge mit neuen Arbeitsmethoden sollen nicht fortgesetzt werden.

12 türkische Kommunisten verurteilt. In Konstantinopel wurden 12 jugendliche türkische Kommunisten beiderlei Geschlechts vom Gericht wegen Verschwörung gegen den Staat zu Gefängnisstrafen von 1 bis zu 2 Jahren verurteilt. Die Verhandlung, die mehrere Monate dauerte, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ein neuer Ehren doktor der Technischen Hochschule Karlsruhe. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Chemie die Würde eines Ehren doktors Generaldirektor Dipl.-Ing. Franz Wenge im Mühlheim-Styrum wegen seiner außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiete der industriellen Entwicklung des Ruhrbergbaues und der Förderung der mit ihm verbundenen Betriebe verliehen.

Grenzlandmittel für die Dreifacher Heimatspiele. Zur Unterstützung der Heimatspiele in Breisach ist mit Zustimmung des Reichsministers des Innern laut Mitteilung des badischen Ministers des Kultus und Unterrichts aus dem Grenzfonds I an der Reichsbeihilfe von 2500 M bewilligt worden, welche zur Abdeckung des Aufwands verwendet wird, der im Jahre 1930 aus Anlaß der Erneuerung des Bühnenfundus entstanden ist.

Überreichung des Lessing-Preises des Reichspräsidenten. Mit einer schlichten Feier im Landestheater Braunschweig erfolgte am Sonntag, am 15. Todestage Lessings, der in Braunschweig seine letzte Ruhestätte fand, die Überreichung des vom Reichspräsidenten von Hindenburg gestifteten Lessing-Preises in Höhe von 5000 M. Preisträger ist Universitätsprofessor Dr. Hans Reifegang, Jena, dessen Arbeit das Thema „Lessings Weltanschauung“ behandelte. Drei weiteren Arbeiten soll eine lobende vom Reichspräsidenten unterzeichnete Anerkennung zuteil werden. Oberbürgermeister Böhmke machte Mitteilung davon, daß 77 Exemplare von Lessings gesammelten Werken an die besten Schüler braunschweigischer Schulen und 100 Exemplare von Lessings Werken dem Vertreter für das Deutschstum im Auslande zur Weiterleitung an deutsche Auslandsschulen überreicht werden

Badischer Teil

Dr. Köhler fordert dringend Reichshilfe für Baden

Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde am Samstag der Haushalt beraten. Im Verlaufe der Aussprache kam Abg. Dr. Köhler (Centr.) auf die Verhältnisse im Lande Baden zu sprechen.

Er erklärte, das Land Baden war einst der blühende Garten Deutschlands, und wie sieht es heute aus? Das Wirtschaftsleben dieses Landes ringt auf das schwerste. Die natürlichen Abflussgebiete, das Oberrhein, sind durch die neue Grenzziehung einfach abgeschnürt. Der früher regelmäßige Güterauslauf des links- und rechtsrheinischen Gebietes ist zum größten Nachteil der badischen Wirtschaft fast vollständig zerstört. Unsere einst blühende Exportindustrie ist in weitem Umfange lahmgelegt. Die neutralisierte 50-Kilometer-Zone wirt sich in höchstem Maße nachteilig für uns aus, da Neuanhebungen von Fabrikunternehmen kaum vorkommen und vorhandene Unternehmungen abziehen. Die Folge davon ist eine Arbeitslosigkeit, die weit über diejenige der im Innern liegenden deutschen Länder hinausgeht. Die Auswanderung aus Baden nach Amerika usw. ist bezeichnenderweise seit Jahren die höchste von allen deutschen Ländern. Reichshilfe ist neben der bis zum äußersten können eingesetzten Selbsthilfe des Landes aufs dringendste erforderlich.

Die Rheinregulierung bei Rehl

Die Arbeiten zur Rheinregulierung haben seit einiger Zeit auf der Baustelle Rehl—Rehl in vollem Umfange eingesetzt. Längs des ganzen Rheinflusses bei Rehl konnte man tagtäglich einen gewaltigen Umschlagbetrieb mit den zum Bau benötigten Steinen beobachten. Wie man erfahren konnte, werden hier täglich etwa 20 Eisenbahnwagen Steine umgeschlagen und mit Schleppdampfern und Schiffen zu den verschiedenen Baustellen verbracht. Große Verladearbeiten und ein Schwimmbau haben dort ihre Tätigkeit seit langem schon aufgenommen.

An der Baustelle direkt unterhalb des Flusswärterhauses von Rehl hat der Baubetrieb im Rhein schon voll eingesetzt. Man sieht hier zwei sogenannte Sentbrücken, auf denen die sogenannten Sentwürste aus Faschinen und Steinen zusammengefügt, angefertigt werden, um dann im Rhein versenkt zu werden. Vier Bühnen der künftigen Rheinregulierung sind jetzt schon im Bau. An anderen Stellen sollen demnächst noch acht Sentbrücken aufgestellt werden, die eine wesentliche Förderung der Arbeiten versprechen. Ein lebhafter Arbeitsbetrieb herrscht auf der ganzen Strecke. Wie wir hören, haben jetzt schon etwa 300 Arbeiter bei der Bauabteilung in Rehl Beschäftigung gefunden.

Zusammenschluß der drei großen badischen Pferdezüchterverbände

Der schon lange vorbereitete Zusammenschluß der drei großen badischen Pferdezüchterverbände, das sind der oberbadische, der mittelbadische (Warmblut) und der unterbadische (Halbblut), zu einer Arbeitsgemeinschaft, ist in einer gemeinsamen Sitzung am 6. Februar in Rastatt beschlossen worden. Der Zusammenschluß dieser drei Verbände erscheint nötig im Hinblick auf die Tatsache, daß der Wiederaufbau der durch die Kriegesfolgen völlig zusammengebrochenen Pferdezucht in allen Landesstellen sichtlich in Erscheinung tritt, und daß die Verbände in der Verwirklichung ihrer Ziele gemeinsames Interesse haben. Für den Vorort wurde der Verband für die mittelbadische Pferdezüchterschaft in Rastatt gewählt, dessen Präsident Dr. Triffel in Rastatt ist.

Aus der badischen Industrie

Arbeitsaufnahme bei großen oberbadischen Zigarrenfabriken. Die Stumpenfabriken Williger-Zöhne werden in der kommenden Woche ihren Betrieb wieder in vollem Umfang aufnehmen. In ihren Fabriken in München und Tiengen (Amt Waldshut) beschäftigt die Firma über 1000 Arbeitskräfte. — Ebenso wird die Kiegeler-Filiale der Stumpen- und Zigarrenfabrik Vautier & Co. in den nächsten Tagen wieder eröffnet werden. Dieses Unternehmen hat seit 13. Dezember 1930 stillgelegen.

Tagungen

Der Verband badischer Tierärztereine hielt am 31. Januar in Karlsruhe seine 12. diesjährige Vorstandssitzung ab. Die beiden Vorsitzenden erstatteten Bericht über alle im Vordergrund stehenden Fragen, über Schädlinge, Rassenwürgen, Kupieren der Pferde, Viehtransporte auf der Straße, Zustand der Schaffherden, Ausstellung von lebenden Tieren in Schaufenstern, Beschaffenheit jüngerer Hunde u. a. Sehr stark wurde betont, daß nicht nur in den Städten, sondern ganz besonders auch draußen auf dem Lande im Sinne des Tiereschutzes zu arbeiten ist. Der Mannheimer Verein unternahm es, unter Führung seines Vorsitzenden, Lehrer Kinder, eine große, mit Bildern versehene, monatlich einmal erscheinende Zeitschrift herauszugeben, und es liegen bereits 4 Nummern derselben vor. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, vorläufig, d. h. bis zu der im Mai 1931 in Konstanz abzuhaltenden Landesversammlung, die Zeitschrift als Verbandsorgan zu übernehmen. Es sind 10 weitere Gemeinden mit einem Jahresbeitrag von 10 Reichsmark dem Verbande beigetreten.

Jugendwanderführer 1931

Die badischen Jugendherbergen haben nicht nur eigene Häuser gebaut in dem Bewußtsein, einen kleinen Teil der sozialen Fragen, soweit die Jugend in Betracht kommt, zu lösen und in der außerschulischen Erziehung mitzuwirken, sondern sie haben auch von Anfang an die volksbildnerischen Grundlagen in starkem Maße betont. Seit dem Jahre 1928 wird der badische Jugendwanderführer immer unter einem bestimmten Gedanken, wie zum Beispiel die Landschaft oder die Männer der Heimat, herausgegeben. Der Jugendwanderführer 1931 ist in besonders hohem Maße ein Vorkämpfer des Heimatgedankens dadurch geworden, daß er das badische Land im Spiegel der Dichtung zeigt. Der langjährige Geschäftsführer und jetzige 3. Vorsitzende, Hauptlehrer Friedrich Härdle (Karlsruhe), hat im Auftrag der Badischen Jugendherbergen den diesjährigen Jugendwanderführer bearbeitet. In einzelnen Abschnitten wird neben dem Verzeichnis der badischen Jugendherbergen eine Anzahl besonders typischer und guter Gedichte, die die Gegend oder bestimmte Ereignisse behandeln, aufgenommen. Der badische Jugendwanderführer 1931 wird sich in ganz hohem Maße zum Gebrauch im Unterricht der verschiedensten Lehranstalten eignen.

Aus der Jahresstatistik des Landespolizeiamts Karlsruhe

Die Gesamtzahl der in der Fingerabdrucksammlung des Landespolizeiamts registrierten Personen betrug am Jahresende 133 174 (am 1. Jan. 1930: 135 850). Durch das Fingerabdruckverfahren konnte in 167 Fällen die Führung falscher Personalien festgestellt werden. In weiteren drei Fällen konnten die richtigen Personalien von unbekanntem Leichen ermittelt werden.

Die Lichtbildsammlung wurde im Jahre 1930 in zahlreichen Fällen für die Ermittlung unbekannter Täter in Anspruch genommen, und zwar in 229 Fällen mit Erfolg.

An den Taten mehrerer Verbrechen und Unfälle wurde der Erkennungsdienst des Landespolizeiamts in 210 Fällen gerufen, darunter bei 115 außerhalb der Stadt Karlsruhe.

Durch Kautspuren wurden 77 Täter festgesetzt, und zwar durch Fingerabdrücke 74, durch Fußspuren 3.

Durch den beim Landespolizeiamt eingerichteten Nachrichten- (Straftaten-) und Spezialistenkartei, Kennzeichen- und Spitznamenkartei) konnten in 500 Fällen die Täter ermittelt werden. Durch die Wertgegenstandskartei konnte in 905 Fällen ein Erfolg erzielt werden.

Aus der Landesbauhauptstadt

Kartellverordnung, Preisbindung, Preisfentung

Aber dieses Thema sprach am Donnerstagabend auf Einladung der Karlsruher Handelskammer der Vorsitzende des finanzpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Max Cohen, Reich, der vom Präsidenten Nicolai mit dem Hinweis auf seinen früheren von der Kammer dankbar aufgenommenen Vortrag herzlich begrüßt wurde.

Der Vortragende gab zunächst einen Überblick über die heutige Situation des deutschen Volkes, die u. a. dadurch gekennzeichnet sei, daß durch die Inflation wohl 90 Proz. der früher wohlhabenden Schichten ausgelöscht wurden. Ohne internationale Hilfe und Zusammenarbeit könne die Not Europas nicht behoben werden, aber Deutschland dürfe darauf nicht warten. Es habe jetzt eine Regierung, welche die Notwendigkeit gründlicher Reformen erkannt und sie in die Wege geleitet habe. Die Wirtschaft müsse sich dabei die Notwendigkeit vor Augen halten, den heutigen deutschen Menschen mit der Gegenwart zu versöhnen. Die Grenzen liegen im Ertrag der Wirtschaft, und es müsse deshalb die Wirtschaftspolitik elastisch sein. Wir leben in der Periode einer sinkenden Konjunktur, und deren Konsequenzen erkennen nun auch die Vertreter der Arbeiterschaft an. Sie fordern aber auch einen Abbau der Preise. Die Überwindung einer Wirtschaftskrise hat übrigens immer starke Preisentwertungen gebracht, so daß auch eine natürliche Tendenz in dieser Richtung vorliegt.

Der Vortragende beschäftigte sich sodann in ausführlichen Darlegungen mit der Kartellverordnung der Reichsregierung, soweit sie die Preisbindungen der Kartelle behandelt, wobei er besonders die betrieblige Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats schilderte. Dieser habe sich gegen eine allgemeine Auflockerung der Preisbindungen erklärt. Man müsse sich bemühen, die Preise zu senken, mechanische Maßnahmen seien jedoch hierzu nicht geeignet. Eine Zerstückelung der Produktion und Warenverteilung regulierenden Organisationen, könne großen Schaden anrichten, zumal diese Zusammenfassungen nicht zufällig seien, sondern auch mit notwendigen Kapitalzusammenfassungen zusammenhängen. Man könne nicht einen Schlupstein wegwerfen, sondern ihn allenfalls an eine andere bessere Stelle setzen. Die Reichsregierung habe sich auch nicht in eine kartellfeindliche Stellung hineintreiben lassen. Die Bestimmungen über Preisfentungen der Kartellartikel entsprechen nicht den Wünschen des Reichswirtschaftsrats, könnten aber trotzdem akzeptiert werden. Über diese Bestimmungen gab der Vortragende eine eingehende erläuternde Darstellung und schloß mit allgemeinen Ausführungen zur Wirtschaftslage, in denen er das Bestreben der Regierung zur Bekämpfung der deutschen Wirtschaft in durchaus zutreffender Weise anerkannte und um Unterstützung dieser Bemühungen bat. In der anschließenden Aussprache erklärte er auf eine Anfrage es für unmöglich, den Einzelfirmen Lieferungsverpflichtungen an alle Handelsfirmen aufzuerlegen.

Schmuckfahndung

In der Nacht zum 5. Februar 1931 wurden durch Einbrechen einer Glasvitrine im Grandhotel in Wien folgende Schmuckstücke im Wert von 4000 Dollar gestohlen:

1. Ein Uhrbracelet 20 mal 183 Millimeter groß aus Platin, befestigt mit 132 Brillanten, zusammen 13,09 Karat, Schweizer-Merke-Uhr.

2. Ein Uhrbracelet 13 mal 175 Millimeter aus Platin mit Schuppen und 167 Brillanten, zusammen 9,91 Karat, 21 Rosen, zusammen 0,11 Karat und 28 Parquettes, zusammen 286 Karat, Uhr Schweizer Marke.

3. Eine Damenarmbanduhr 16 mal 46 Millimeter, aus Platin, befestigt mit 44 Brillanten, zusammen 1,70 Karat und ein großer Saphir.

4. Eine Damenarmbanduhr 10 mal 63 Millimeter, aus Platin, mit 72 Brillanten, zusammen 1,76 Karat.

5. Eine Brosche aus Platin, stillerter Tintenfisch, 32 mal 33 Millimeter, mit 53 Brillanten, zusammen 1,88 Karat.

Im Falle eines Angebots wird um Benachrichtigung der Polizei oder Gendarmerie zwecks Festnahme des Anbieters gebeten.

Geistlicher Rat Dr. Meyer 30 Jahre Chefredakteur. Chefredakteur Geistlicher Rat Dr. Meyer konnte am Sonntag auf eine 30jährige Tätigkeit als Chefredakteur des „Badischen Beobachter“ blicken. Verlag und Redaktion überbrachten dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche. Auch vom Zentrumsführer, Dr. Baumgartner, war ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschschreiben eingelaufen, ebenso vom Vorsitzenden des Augustinus-Vereins, Gruppe Baden, Direktor Schlierf, Rastatt. Dr. Meyer steht kurz vor der Vollendung seines 60. Geburtstages, den er am 19. März begehen kann.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, ist es ihr gelungen, vom 16. bis 28. Februar ein Wiener Gastspiel zu verpflichten. Von den prominenten Künstlern sind besonders hervorzuheben: Margarete Slezak, die gefeierte Sängerin, sowie Harry Fayer, Wiens beliebtester Operettentenor. Zur Ausführung gelangt die lustige Komödie „Wermal Ehe“, Bauberville, in drei Akten und 6 Bildern von Kurt Bräuer und Hugo Wiener, Musik von Dr. Egon Neumann. Margarete Slezak, der Star dieser Komödie, hat von ihrem Vater, Kammerfänger Leo Slezak, die herrliche Stimme, das Temperament und die schauspielerischen Mittel geerbt. Harry Fayer, ebenfalls ein glänzender Schauspieler und Sänger, hat die Parturrolle von Margarete Slezak inne. Vorverkauf den ganzen Tag ohne Preisermäßigung im Zigarrengeschäft Meyle, Ecke Waldstraße und Passage. Auf die heute Abend 8 Uhr stattfindende Premiere sei hierdurch besonders hingewiesen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom heute morgen: Eine neue atlantische Zyklone, die vor der norwegischen Küste angelangt ist, fördert auf ihrer Südseite über England mildere ozeanische Luft nach dem Festlande. Es ist daher zunächst wieder allgemein mit Schneefällen zu rechnen, die in tiefen Lagen später bei Tauwetter in Regen übergehen werden. — Voraussage: Milde, meist wolfig und zeitweise Niederschläge bei aufsteigenden Westwinden, im Gebirge Neuschnee.

Kurze Nachrichten aus Baden

Beisehung von Generaldirektor Dr. Fischer.

Dr. Gernsbach, 16. Febr. Die Beisehung von Generaldirektor Dr. h. c. Arwed Fischer wurde in einem endlosen Trauerzuge nach Gernsbach übergeführt. Man sah über 20 Vereine mit schwarzumflorten Fahnen, drei Musikkapellen und viele prominente Trauergäste aus führenden Bank- und Industriezweigen, zahlreiche Vertreter der Kartellgemeinden, der staatlichen Behörden und Wirtschaftsorganisationen. In Weisenbach, Oberrhein und Gernsbach läuteten die Glocken, als der Trauerzug durchzog.

Auf dem evangelischen Friedhofe sprachen am offenen Grabe neben dem Stadtpfarrer Diemer Major von Oechelhäuser im Auftrage von Vorstand und Aufsichtsrat der Firma E. Gotschmann AG., Baurat Glaser namens der Beamten und Angestellten, Fabrikant Bösch für die badischen Papierindustriellen, Direktor Moritz für die württembergischen Papierindustriellen, Geh. Rat Dr. Feindl, Augsburg, für den Verband der deutschen Druckpapierindustrie und den Arbeitgeberverband, Präsident Nicolai für die Handelskammer Karlsruhe, Geh. Rat Prof. Dr. Rehbod für die Technische Hochschule Karlsruhe, Direktor Wilhelm für die Reichsbankstelle Karlsruhe und Betriebsratsmitglied Martin Werfel im Namen der Arbeiterschaft der Firma.

Dr. Fischer, der vor Jahren zum Dr.-Ing. e. h. der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt wurde, und der in drei Kartellgemeinden Ehrenbürger und in 15 Vereinen Ehrenmitglied war, war eine der markantesten Persönlichkeiten des Kartells.

Ivesheim, 10. Febr. Das Orchester der Heidelberger Lehrerbildungsanstalt unter Leitung von Studienrat Hoffmeister gab am Samstag nachmittag in der badischen Blindenanstalt den Kindern ein Konzert, das für die Blinden, die ja für musikalische Vorführungen besonders dankbar sind, zu einem schönen Erlebnis wurde. Das Programm war reichhaltig und dem Verständnis der Kinder gut angepaßt. Zumeist klassische Stücke von Bach, Haydn, Schubert wechselten in bunter Folge mit Orchester, Violinolo, Streichquartett und eingelegten Liedern als Solo für Variton. Besonders gefielen die Solisten, die Studierenden Weber-Mannheim (Violine) Pfeiffer (Cello) und Wehn (Variton). Den größten Eindruck hinterließ die von Herrn Hoffmeister komponierte Ruft-Szene für Violin-Solo, Orchester, Schlagzeug. Direktor Koch konnte mit Recht in seinen Dankesworten betonen, daß der Herr Studienrat und seine Lehrerschüler den Kindern mit dem Konzert das schönste Wochenende bereitet hätten, das man sich nur wünschen konnte.

St. Freiburg, 13. Febr. Ein großes Schlaglicht auf das Dienen- und Zuhälterwesen in Freiburg warf eine Schöffengerichtssitzung am Donnerstag. Sämtliche Anlagefälle betrafen Zuhälterei. Vom Platz des Anlagebetreibers und vom Richteramt fielen scharfe Bemerkungen über die Begleiterscheinungen des am 1. Oktober 1927 in Kraft getretenen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

St. Vörsach, 16. Febr. Ein im kommunalen Leben unserer Stadt hervorragend tätiger Mann, Rechtsanwalt Kottisch, feierte heute seinen 60. Geburtstag. Er gehört seit über 20 Jahren dem Stadtratskollegium an und war vor dem Kriege auch Mitglied der Zweiten Kammer der Landstände. Als Fortschrittler hat er aktiv bei der Bildung der demokratischen Partei 1919 mitgewirkt, und er steht heute an führender Stelle innerhalb der Staatspartei.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Februar		14. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.70	169.05	168.75	169.07
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.64	112.45	112.67
Italien . . . 100 L.	22.005	22.045	22.00	22.04
London . . . 1 Pf.	20.42	20.46	20.423	20.463
New York 1 D.	4.2035	4.2115	4.2030	4.2110
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.472	16.572
Schweiz . . . 100 Fr.	81.08	81.24	81.10	81.26
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.045	59.165
Brag . . . 100 Kr.	12.44	12.46	12.44	12.46

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 11. Februar berechnete Großhandelsindexziffer hat sich mit 114,5 gegenüber der Vorwoche (113,7) um 0,7 Prozent erhöht.

Staatsanzeiger

Lösungsvertrieb.

Dem katholischen Stadtpfarramt Weil der Stadt wurde die Erlaubnis zum Lösungsvertrieb (Denkmalspflege) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 13. Februar 1931.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Verlegungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Der ordentliche Professor an der Universität Göttingen Dr. Ewald Fraenkel mit Wirkung vom 1. April 1931 an zum ordentlichen Professor für klassische Philologie an der Universität Freiburg und zum Mitdirektor des dortigen Seminars für klassische Philologie.

Befördert in gleicher Eigenschaft:

Die Professoren: Dr. Alfred Hall an der Liselotte-Schule in Mannheim an die Zepelin-Oberrealschule in Konstanz, Dr. Ludwig Diemer an der Zepelin-Oberrealschule in Konstanz an die Liselotte-Schule in Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Hauptlehrer Friedrich Wahrer in Göttingen, Amt Vörsach, wegen leidender Gesundheit.

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

E. Büchle

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

